

Westbalkangipfel: Europäische Front demonstriert Einigkeit und regionale Stabilität

SONDERGIPFEL ZUM WESTBALKAN IN SOFIA AM 17. MAI 2018

Mai 2018

www.kas.de/bruessel

„Wir brauchen eine gemeinsame, europäische Front“, erklärte EU-Ratspräsident Donald Tusk im Vorfeld des EU-Sondergipfels am 17. Mai 2018 in Sofia. Dies bezog er nicht nur auf die Diskussionen rund um die Entwicklungen auf dem westlichen Balkan, sondern auch auf die aktuellen Entscheidungen des amerikanischen Präsidenten: Ausstieg aus dem Atomabkommen mit dem Iran, Verlegung der US-Botschaft in Israel sowie das mögliche Auslaufen der Ausnahmen im Bereich der Strafzölle. Hierüber sprachen die Staats- und Regierungschefs am Vorabend des Gipfels. Bezüglich des westlichen Balkans wurden verschiedene Maßnahmen zur besseren Kooperation und Verständigung verabschiedet, die sodann in die sog. Prioritätenagenda von Sofia einfließen.

1. Westbalkangipfel

Unter der Schirmherrschaft der derzeitigen bulgarischen Ratspräsidentschaft und im Rahmen der Leaders Agenda versammelten sich die 27 Staats- und Regierungschefs der EU, EU-Ratspräsident Donald Tusk (EVP), EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker (EVP), die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini (S&D), der EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen Johannes Hahn (EVP) sowie die jeweiligen Führungsspitzen der sechs Partnerländer des westlichen Balkans (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, Mazedonien und Kosovo) am 17. Mai 2018 in Sofia.

Spanien boykottiert den Gipfel

Unter den 27 Teilnehmern war auch die britische Premierministerin, da der spanische Premierminister Mariano Rajoy zwar am Vorabend des Westbalkangipfels anwesend war,

jedoch den eigentlichen Gipfel boykottierte. Grund ist die Teilnahme des Kosovo. Spanien ist eines von fünf EU-Ländern, die die Unabhängigkeit des Landes nicht anerkennen. Zudem hat Rajoy innenpolitisch mit separatistischen Problemen zu kämpfen und weigert sich daher, gemeinsame Gespräche auf Augenhöhe zu führen. Spanien entsandte gleichwohl einen Vertreter zum Gipfel, der mit der Vollmacht ausgestattet war, das Abschlussdokument zu unterzeichnen.

Ziele des Gipfels

Die Ziele des Gipfels waren die Stärkung des Dialogs zwischen der Europäischen Union (EU) und den Westbalkanländern, eine engere Zusammenarbeit zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen wie etwa Sicherheit, Migration, geopolitische Entwicklungen und gutnachbarschaftliche Beziehungen sowie die Vernetzung in den Bereichen (digitale) Infrastruktur und regionaler Zusammenarbeit. Es ging nicht um konkrete Beitrittsgespräche, da weitere Schritte auf dem kommenden Ratsgipfel im Juni erwartet werden. Es ging vielmehr um den Ausbau von Straßen, Energieleitungen und Kommunikationsnetzen, um die Verbindung der Länder (auch untereinander) zu stärken.

Das Treffen in dieser Konstellation ist das erste seit 15 Jahren in Thessaloniki. Seither gab es zwar vereinzelte Zusammenkünfte (bspw. im Rahmen des Berliner Prozesses), allerdings waren nie alle EU-Mitgliedsstaaten wie auch Vertreter der EU hierbei in Gänze vertreten. Der Gipfel besitzt somit besonderes Gewicht. Er unterstreicht die Bedeutung des Themas sowie der Region für die EU. EU-Ratspräsident Donald Tusk machte in seinem Einladungsschreiben deutlich, dass die EU der „einzige Partner sei, der sich um die regionale Stabilität kümmert und für eine erfolgreiche Zukunft für die Menschen sorgen kann“. Zudem würde die EU die Region und vor allem die Menschen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY
JOHANNA FLEGER

Mai 2018

www.kas.de/bruessel

nicht als Teil einer Schachpartie ansehen, in welcher die Menschen „das Bauernopfer“ seien, so Tusk. Damit spielte er auf die zunehmende geopolitische Aktivität Russlands und der Türkei in der Region an.

Zwei zentrale Themen

Während des Gipfels standen zwei Themen im Fokus der Debatte: Konnektivität und Herausforderungen im Bereich der Sicherheit.

Mit „Konnektivität“ ist vorrangig die Anbindung des Westbalkans an die EU gemeint. Dies soll auf verschiedenen Ebenen geschehen. Allen voran sollen die Menschen und Volkswirtschaften enger aneinander gebunden bzw. herangeführt werden. Damit einhergehen sollen politische Stabilität, wirtschaftliches Wachstum sowie kulturelle und soziale Entwicklungen innerhalb der Region und auch darüber hinaus. Davon sind mehrere Dimensionen betroffen: Transport, Digitales, Energie, Wirtschaft sowie menschliche Beziehungen.

Im Bereich der Sicherheit sehen sich die EU und die Staaten des westlichen Balkans mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert: Die Bekämpfung des Terrorismus und der Radikalisierung sowie die Probleme hinsichtlich der Rückkehr von sog. foreign fighters. Weitere Herausforderungen finden sich im Bereich der Lösung der Migrationskrise, Bekämpfung von Korruption, Schmuggel (von Drogen, Waffen und auch Menschen) und organisierter Kriminalität. Auch ein möglicher Beitrag der Westbalkanstaaten im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU stand zur Debatte.

Hintergrund:

Die Europäische Kommission hat am 6. Februar 2018 ihr Papier für eine „glaubwürdige Erweiterungsperspektive für und verstärktes Engagement gegenüber dem westlichen Balkan“ veröffentlicht. Dieses Papier ist Teil einer langfristigen Strategie, die das Ziel verfolgt, die Europäische Union bis 2025 zu stärken (siehe *KAS-Sonderbericht „Die Westbalkanstrategie der Europäischen Kommission“*). Das Jahr 2025 ist hier allerdings als absolutes best-case-scenario zu sehen, welches zudem lediglich für die beiden Spitzenreiter Serbien und Montenegro gilt. Die deutsche Bundeskanzlerin sagte auf der abschließenden Pressekonferenz des Gipfels, dass sie von einem

[lies: diesem] Datum nichts halte. Es gehe „vielmehr um Fortschritte in der Sache“. Die Erfüllung von Voraussetzungen sei wichtiger als die Erreichung eines Zeithorizonts.

In der Region des westlichen Balkans leben knapp 18 Millionen Menschen. Die Wirtschaftskraft entspricht etwa einem Prozent des EU-Bruttoinlandsproduktes (BIP). Insgesamt liegt das BIP pro Kopf (im westlichen Balkan) bei etwa einem Drittel des Durchschnitts der 28 EU-Mitglieder. Investitionen europäischer Unternehmen haben seit 2003 mehr als 240.000 Arbeitsplätze in den westlichen Balkanländern geschaffen. Zum Vergleich: Die USA schufen im gleichen Zeitraum hingegen etwa nur 40.000 Arbeitsplätze. Jedoch ist der Einfluss anderer Länder, allen voran Russland und der Türkei in den letzten Jahren stark gestiegen. Gerade dies ist ein Grund, weshalb die EU hier ein stärkeres Engagement zeigt, wie Ratspräsident Tusk in seinem Statement bereits andeutete.

Aktueller Stand der einzelnen Länder

Serbien:

Serbien ist seit 2012 Beitrittskandidat. Von insgesamt 35 Verhandlungskapiteln wurden zwei bereits abgeschlossen (Wissenschaft und Forschung sowie Bildung und Kultur), zwölf weitere sind bereits eröffnet (u.a. Justiz und Grundrechte, Schutz geistigen Eigentums und Beziehungen zum Kosovo). Weiterhin stellt der Konflikt mit dem Kosovo noch ein Hindernis dar. Am 17. Februar 2008 erklärte das Parlament des Kosovo die Unabhängigkeit der Republik Kosovo. Gut 112 der 193 UN-Mitgliedstaaten erkennen den Kosovo bisher als unabhängigen Staat an, darunter die Mehrzahl der EU-Staaten und die USA. Nicht anerkannt wird das Land von Serbien, Russland und der Mehrzahl der südamerikanischen und asiatischen Länder. In einem Interview mit der Financial Times in dieser Woche sagte der serbische Premierminister, Alexander Vučić, dass er vom Kosovo-Konflikt „verfolgt“ wird. „[...] ohne Lösung dieses Problems ist nichts, was ich bislang erreicht habe von Dauer. Die erste Krise wird uns töten.“

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY
JOHANNA FLEGER

Mai 2018

www.kas.de/bruessel

Montenegro:

Montenegro befindet sich seit dem Jahr 2010 in Beitrittsverhandlungen mit der EU. Mit Montenegro wurden bereits drei Kapitel vorläufig abgeschlossen: Wissenschaft und Forschung, Bildung und Kultur sowie Außenbeziehungen). Dreißig weitere sind bereits eröffnet (u.a. über die vier Grundfreiheiten, Justiz und Grundrechte sowie Außen- und Sicherheitspolitik).

Mazedonien:

Seit 2005 ist Mazedonien Beitrittskandidat der EU. Die Aufnahme von Verhandlungen ist derzeit durch einen Namensstreit mit Griechenland blockiert. Athen fürchtet wegen seiner gleichnamigen Region Mazedonien Gebietsansprüche des nördlichen Nachbarn. Bei den Vereinten Nationen (UN) ist das Land deshalb vorerst nur unter dem sperrigen Titel „Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“ Mitglied. Unter UN-Vermittlung wird derzeit eine Lösung gesucht. Im Rahmen des Gipfels gab es Annäherungsversuche zwischen den beiden Premierministern, Alexis Tsipras (Griechenland) und Zoran Zaev (Mazedonien). Aus internen Kreisen war zu hören, dass eine Lösung immer wahrscheinlicher wird. Bundeskanzlerin Merkel sprach von „bedeutenden Fortschritten“. Die bereits zirkulierende Bezeichnung „Republik Ober-Mazedonien“ gilt derzeit als wahrscheinlichste Lösung, um einen Weg aus dem Konflikt zu bahnen. Der Namensstreit verhindert bisher auch einen Beitritt Mazedoniens zur NATO.

Die EU-Kommission hat in ihrer jüngsten Mitteilung zum Thema „Westbalkan“ vom 17. April 2018 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien befürwortet. Die Kommission wird dem Rat dies empfehlen. Gleiches gilt auch für Albanien.

Albanien:

Albanien ist seit 2014 Beitrittskandidat. In keinem anderen Land des westlichen Balkans ist die Begeisterung der Bevölkerung für die EU so groß. Verhandlungen wurden aber bisher nicht begonnen, derzeit laufen noch Vorgespräche. Die Europäische Kommission kritisiert die langsame und ineffektive Justiz sowie weitverbreitete Korruption. Auch das organisierte Verbrechen und Drogenhandel sind in dem südosteuropäischen ein Problem. Dennoch gehört Albanien bereits seit 2009 der NATO an.

Bosnien-Herzegowina:

Bosnien-Herzegowina ist noch kein Beitrittskandidat der EU. Die Europäische Union hatte dem Land bereits 2003 den Status als Beitrittskandidat in Aussicht gestellt. 2015 trat erstmals ein Assoziierungsabkommen in Kraft. Im Februar 2016 stellte Bosnien-Herzegowina offiziell den EU-Aufnahmeantrag. Das derzeit größte Problem im Hinblick auf die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ist der anhaltende Streit zwischen den politischen Vertretern der drei größten Bevölkerungsgruppen: den Kroaten, den Bosniern und den Serben. Er blockiert wirtschaftliche und gesellschaftliche Schlüsselreformen wie auch den politischen Kompromisslösungsversuch. Das Land ist zusammen mit Serbien eine der größten Bezugsquellen für Waffen und Munition für kriminelle Banden in der Region.

Kosovo:

Auch der Kosovo ist kein Beitrittskandidat der EU. Das mehrheitlich von ethnischen Albanern bewohnte Kosovo hatte sich ein Jahrzehnt nach dem Kosovokrieg im Jahr 2008 einseitig von Serbien losgesagt und für unabhängig erklärt. Fünf EU-Länder (Griechenland, Rumänien, Slowakei, Spanien und Zypern) erkennen die Unabhängigkeit bisher nicht an. Um ein Wiederaufflammen der Spannungen mit Serbien zu verhindern, hatte die EU 2013 ein Normalisierungsabkommen zwischen beiden Seiten vermittelt. 2016 trat ein Assoziierungsabkommen der EU mit dem Kosovo in Kraft.

Die größten Herausforderungen und teils Probleme bei all diesen Ländern sind Korruption, Kriminalität und teils ethnische Spannungen.

Die Erklärung von Sofia

In der Abschlusserklärung, der sog. Erklärung von Sofia, beschlossen die Gipfelteilnehmer, dass sich die EU stärker in den vorgenannten Bereichen engagieren möchte. Dies trifft insbesondere für den Bereich der (digitalen) Infrastruktur und Wirtschaft zu. Als vorrangiges Ziel wird hier die Energiesicherheit angestrebt. Insbesondere wird auch die Bedeutung der Schaffung von Chancen für junge Menschen betont. Die EU-Staats- und Regierungschefs begrüßten die Zusage der Partner im Westbalkan, die gutnachbarschaftlichen Beziehungen, die regionale Stabilität und die gegenseitige

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY
JOHANNA FLEGER

Mai 2018

www.kas.de/bruessel

Zusammenarbeit weiter zu verbessern. Beide Seiten stimmten überein, dass die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität, die die größten Problemfelder dieser Länder sind, Voraussetzung für einen politischen und sozioökonomischen Transformationsprozess sind, der am Ende zu regionaler Stabilität führen soll.

Die Gipfelteilnehmer verabschiedeten in der Anlage der vorgenannten Erklärung die sog. Prioritätenagenda von Sofia. Diese betont die Kernpunkte der von der Europäischen Kommission am 6. Februar veröffentlichten Westbalkanstrategie (siehe *KAS-Sonderbericht „Die Westbalkanstrategie der Europäischen Kommission“*). Unter anderem wurde hier beschlossen, die Erasmus+-Mittel zu verdoppeln und durch die Bereitstellung von mehr Garantien für den Investitionsrahmen mehr private Investoren anzulocken. Zudem soll der Ausbau der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Migrationssteuerung des Grenzmanagements verbessert werden.

Nur Partner, keine Länder

Bemerkenswert ist, dass in der Abschlusserklärung Serbien, Montenegro, Mazedonien, Albanien, Bosnien-Herzegowina und das Kosovo nicht als Länder, sondern lediglich als „Partner“ bezeichnet werden. Dies ist wohl maßgeblich auf das Drängen von Rajoy zurückzuführen. Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach in der abschließenden Pressekonferenz von einer „Phase der Intensivierung“, denn Begegnung schaffe Spannungsabbau, so Merkel sinngemäß.

2. Handelsfragen

Im Rahmen der Ende Mai auslaufenden Ausnahmeregelung hinsichtlich der US-amerikanischen Strafzölle auf Stahl und Aluminium diskutierten die 28 EU-Staats- und Regierungschefs gemeinsam mit den Vertretern der EU-Institutionen die aktuelle Lage und mögliche Handlungsoptionen. Wie aus EU-internen Kreisen zu vernehmen war, ist die Hoffnung, dass die Ausnahmeregelung verlängert wird, jedoch äußerst gering.

Hintergrund:

Als der US-amerikanische Präsident Donald Trump am 1. März 2018 die Einführung von Importzöllen auf Stahl (25 Prozent) und

Aluminium (10 Prozent) verkündete, löste er damit in der EU große Sorgen über die Zukunft des regel-basierten, multilateralen globalen Handelssystems aus. Wirksam werden sollten die Maßnahmen am 23. März und damit just an dem Tag, als die Staats- und Regierungschefs der EU sich zu ihrem März-Gipfel in Brüssel trafen. Trump und seine Entscheidung waren damit eines der zentralen Gesprächsthemen der Gipfelteilnehmer. Trump verlängerte die Frist sodann bis zum 1. Juni. Obwohl eine weitere Eskalation damit vorübergehend vermieden wurde, mahnten die Gipfelteilnehmer in ihren Abschlusserklärungen an, die nun verkündete Ausnahmeregelung müsse dauerhaft gültig sein. Im Vorfeld des Gipfels reisten, getrennt voneinander, zunächst der französische Staatspräsident, Emanuel Macron, und anschließend Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Washington, um mit US-Präsident Trump über die Verlängerung der Ausnahmeregelung zu sprechen. Konkrete Ergebnisse drangen unmittelbar nicht nach außen.

Der EU-Ratspräsident wurde in seinen Bemerkungen vor dem Treffen sehr deutlich: „Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr“, sagte Tusk mit Blick auf die letzten Entscheidungen des US-Präsidenten. Gleichwohl zeigte er sich jedoch auch hierüber in gewisser Weise erleichtert. Denn: „Dank ihm haben wir nun keine Illusionen mehr“. Er hat der EU gezeigt, dass wenn man eine helfende Hand sucht, man diese am Ende des eigenen Armes finde, so Tusk.

Die EU zeigte sich insgesamt geschlossen und verlangte dauerhafte Ausnahmen der Maßnahmen. Man signalisierte allerdings auch Gesprächsbereitschaft. So könnte man über eine tiefere Energiepartnerschaft sprechen, die sich insbesondere auf Flüssiggas beziehen würde, war aus EU-Kreisen zu hören. Auch Reformen der Welthandelsorganisation (WTO), welche von Trump gefordert werden, seien aus Sicht der Europäer realistisch. Gleiches gilt für etwaige Verbesserungen hinsichtlich eines reziproken Marktzugangs für Industriegüter und vor allem Kraftfahrzeuge.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY
JOHANNA FLEGER

Mai 2018

www.kas.de/bruessel

3. Diskussionen zum Atomabkommen mit dem Iran

Eigentlich sollten bei der Zusammenkunft der 28 Staats- und Regierungschefs der Fokus auf den Ländern des westlichen Balkans und deren Beitrittsperspektiven liegen, jedoch überschatteten die neusten geopolitischen Ereignisse die Gespräche nicht nur am Rande des Gipfels. Dies zeigte bereits deutlich, wie prekär die Lage zwischen dem Iran, den USA und der EU zu sein scheint und dass Präsident Trump nun einen Schritt zu weit mit seiner bis dato konsequent verfolgten „Amerika-zuerst“-Politik gegangen ist. Nach der Androhung von Strafzöllen und der Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem, stellt der Austritt der USA aus dem internationalen Atomabkommen mit dem Iran eine weitere Zerreißprobe dar. Die transatlantischen Beziehungen scheinen an einem seidenen Faden zu hängen. Damit dieser nicht abreißt, müssen die europäischen Führungsspitzen nun Einigkeit demonstrieren und einen kühlen Kopf wahren. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel fand zuvor bereits auf dem Katholikentag in Münster klare Worte für das Verhalten des Mannes im Weißen Haus und machte deutlich, dass er mit seinen Alleingängen das Vertrauen in die internationale Ordnung verletze. „Amerika-zuerst“ gefährde somit nicht nur das transatlantische Bündnis zwischen den USA und der Europäischen Union, die eigennützige Politik Trumps destabilisiere darüber hinaus die gesamte Region des Mittleren Ostens, fördere ruhende Konfliktlinien wieder zutage und riskiere ein erneutes atomares Aufrüsten des Irans.

Die Staats- und Regierungschefs signalisierten nach ihrem informellen Gipfeltreffen am Mittwochabend, dass die Gemeinschaft an dem Atomabkommen festhalten werde, solange sich auch der Iran an die damit verknüpften Vorgaben hält. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini setzte bereits Anfang dieser Woche ein starkes Zeichen der Unterstützung für den Iran, als sie sich gemeinsam mit den Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens und mit ihrem iranischen Pendant Mohamed Dschawad Sarif über die Rettung des Abkommens beriet. Konkret gehe es darum, die wirtschaftlichen Beziehungen zum Iran aufrecht zu erhalten und somit die

Vorteile, die das Land aus dem Atomabkommen zieht, zu sichern, um nicht den Hardlinern innerhalb des Regimes in die Hände zu spielen. Damit dies geschehen kann, müssen primär die europäischen Unternehmen vor den angedrohten Iran-Sanktionen der USA geschützt werden. In diesem Zusammenhang sei laut EU-Kommission ein sogenanntes „Blocking Statute“ im Gespräch. Ein Abwehrgesetz, das es europäischen Unternehmen untersagen könnte, sich an die Sanktionen zu halten. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sprach zudem davon, dass vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, die im Iran investieren (wollen), geschützt werden müssen. Merkel war hier etwas zurückhaltender. Man prüfe dies derzeit, eine „umfassende Entschädigung der Wirtschaft“ wird es nicht geben, „da sollen und dürfen wir keine Illusionen schüren“, so Merkel.

Ausblick und Kommentar

Die lange Zeit propagierte enlargement fatigue geht zwar langsam zurück, dennoch bestehen nach wie vor große Vorbehalte gegen eine Aufnahme der Westbalkanländer in die EU. Nach einer kürzlich veröffentlichten Umfrage des Eurobarometers sehen dies vor allem die „älteren“ EU-Mitgliedsstaaten eher kritisch (Österreich: 68 Prozent dagegen; Frankreich und die Niederlande: 64 Prozent, Deutschland: 63 Prozent). Macron sprach letzten Monat im Europäischen Parlament davon, dass eine Reform der EU eine Bedingung für eine Aufnahme der Länder wäre. Er werde einem Beitritt nur zustimmen, wenn es eine vertiefte Zusammenarbeit in der EU gibt, so Macron. Auf die Ankündigung der EU-Kommission vom 17. April, die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Mazedonien zu befürworten reagierten auch die Niederländer skeptisch. „Man könne den Wählern zu Hause einfach nicht erklären, warum diese problembehafteten Länder in die EU aufgenommen werden sollen“, war aus niederländischen Kreisen zu hören.

Große Ergebnisse hat der Gipfel nicht zu Tage gefördert. Allerdings sind auch kleine Schritte nach vorne schon ein Fortschritt. Vor allem im Hinblick auf die im Vorfeld geäußerte Sorge, man würde keine ausreichende, gemeinsame Position der EU-28 finden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY
JOHANNA FLEGER

Mai 2018

www.kas.de/bruessel

Am 9. und 10. Juli wird der nächste Westbalkanpfeil im Rahmen des Berliner Prozesses in London stattfinden. Ein Treffen in der gleichen Konstellation wie in Sofia wird es in zwei Jahren in Kroatien geben. Bei beiden Treffen steht die verstärkte Kooperation der Länder mit der EU wie auch untereinander im Fokus. Es ist und bleibt ein wichtiges Zeichen der EU, dass sie an einer Kooperation mit diesen Ländern interessiert ist. Dies unterstrich auch Tusk in der abschließenden Pressekonferenz. „15 Jahre waren zu lang, daher werden wir uns in zwei Jahren wieder in Kroatien treffen.“ Selbst wenn man das geopolitische Argument, anderen Drittstaaten nicht das Feld zu überlassen außen vor lässt, so wäre es auch für die Union nicht von Vorteil, wenn hier die bisherigen Konflikte weiter brodeln oder gar weitere entstehen. Somit tut sie gut daran durch eine von ihr initiierte Agenda die Entwicklungen in der Region bestmöglich voranzubringen.

Die EU, die USA und der Iran

Wird die europäische Staatengemeinschaft das endgültige Abreißen des transatlantischen Fadens und dem unweigerlich damit verbundenen Eskalation des Konfliktes im Mittleren Osten verhindern können? Als Gegenspieler zu einer eigennützigen und die Stabilität des internationalen Gefüges gefährdenden US-Politik, scheint es der EU an wirksamen Handlungsoptionen zu mangeln. Man möchte sich vor allem nicht auf die gleiche Stufe stellen wie der amerikanische Counterpart. Man ist vielmehr an einem besonnenen Vorgehen interessiert. In diesem Spiel ist die Europäische Union gut beraten, die Rolle des vernünftigen Schiedsrichters einzunehmen, der an geschlossenen Abkommen festhält und damit die Regeln des Spiels wahrt. Etwaige Anpassungen sind hiervon jedoch nicht ausgenommen. Ob aus dieser Position heraus das Abkommen gerettet werden kann, oder ob die „Amerika-zuerst“ Strategie als Gewinner hervorgeht, werden die nächsten Wochen zeigen.

Aus dieser Strategie lassen sich die Intentionen der USA deutlich ablesen: Durch das Wiedereinführen von Sanktionen soll dem Land am Persischen Golf wirtschaftlich das Wasser abgegraben werden. Diese Strategie, die Trump als Maßnahme gegen einen „defekten“ Deal mit dem Iran, der weiterhin

an seinen Atomplänen feilen soll, verfolgt, vergrößert den Graben zwischen der europäischen und der amerikanischen Haltung in der internationalen Politik.

Für den Iran und die damit eng verwobene Stabilität des Mittleren Ostens ist ein Erfolg einer einheitlichen und gradlinigen EU-Strategie von substantieller Wichtigkeit. Denn ein atomares Wettrüsten und eine Verstärkung der momentan vorherrschenden Spannungen hätten fatale Folgen für die gesamte Region. Positiv zu vermerken ist jedoch, dass im Vergleich zur politischen gefährlichen Schiene in Washington, Brüssel und die 28 Mitgliedsstaaten geeinter dastehen denn je. Der Streit um das Atomabkommen mit dem Iran bietet der EU eine Plattform, um Geschlossenheit und Stärke zu demonstrieren. Allein mit dieser Einigkeit und Vernunft kann den Alleingängen Trumps entgegengetreten werden.